

ÖFFENTLICHES VERTRAUEN

MICHAEL HALLER (HRSG.)



IN DER MEDIEN- GESELLSCHAFT

HERBERT VON HALEM VERLAG

HW

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Michael Haller (Hrsg.)

Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft
Köln: Halem, 2017

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2017 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (Print): ISBN 978-3-86962-099-2

ISBN (PDF): ISBN 978-3-86962-225-5

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im Internet unter <http://www.halem-verlag.de>
E-Mail: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Michael Haller (Hrsg.)

Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft

HERBERT VON HALEM VERLAG

Inhalt

Vorwort	9
ERSTER TEIL	
KANN MAN DEM ÖFFENTLICHEN VERTRAUEN VERTRAUEN?	13
MICHAEL HALLER	15
Was wird aus der digitalisierten Medienwelt? Überlegungen zu einer Neubestimmung der Theorie des ›öffentlichen Vertrauens‹	
PATRICIA GRÜNBERG	78
Die Theorie öffentlichen Vertrauens und aktuelle empirische Befunde	
AXEL MAIREDER	100
Soziale Online-Netzwerke und Vertrauenszuweisung in Communities	

ZWEITER TEIL	
PUBLIKUM – MEDIEN – JOURNALISMUS: EIN VERTRAUENSVERHÄLTNIS?	116
NIKOLAUS JACKOB / TANJEV SCHULTZ / MARC ZIEGELE / CHRISTIAN SCHEMER / OLIVER QUIRING Medienzyniker und Medienfans. Merkmale eines gespaltenen Publikums	118
JULIUS REIMER Vertrauen durch Transparenz? Potenziale und Probleme journalistischer Selbstoffenbarung	139
CHRISTIAN BOLLERT Vertrauen für ein Online-Projekt aufbauen. Das Beispiel detektor.fm	158
DRITTER TEIL	
DIGITALE MEDIEN: IST ÖFFENTLICHES VERTRAUEN QUANTIFIZIERBAR?	166
GERHARD HEYER Grundlagen und Anwendungsmöglichkeiten des Text Mining	167
GREGOR WIEDEMANN Vertrauen und Protest. Eine exemplarische Analyse des Demonstrationsgeschehens in der BRD mithilfe von Text Mining in diachronen Zeitungskorpora	172

VIERTER TEIL:	
DER DIGITALE MARKT UND DIE NEUE BEDEUTUNG DES OBJEKTVERTRAUENS	201
MANFRED KIRCHGEORG / MARTIN WIEDMANN	203
Das Vertrauenskonstrukt in der Marketingwissenschaft – theoretische Reflexionen und empirische Evidenz	
STEFFEN P. HERMANN	223
Die Interdependenz von Social Media, redaktionellen Medien und Unternehmensreputation bei Stakeholdern – Kommunikationscontrolling im digitalen Zeitalter	
FÜNFTER TEIL	
AUSSICHTEN: ÜBER DAS VERTRAUEN IN DER KRISE	236
CLEMENS H. CAP	237
Vertrauen in der Krise: Vom Feudalismus 2.0 zur Digitalen Aufklärung	
Autorenverzeichnis	255

Vorwort

»Wir erleben seit längerer Zeit einen massiven Vertrauensverlust für nahezu alles und jedes, die Wirtschaft, die Banken, die Kirchen, die Medien, der Sport«, klagte der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert im Juli 2012 in der Talksendung von Markus Lanz. Beschädigt sei das »Grundvertrauen der Öffentlichkeit« in die Institutionen. Vor allem gäbe es »einen besorgniserregenden Vertrauensverlust der politischen Klasse« (zit. nach HASCHKE 2016: 11). Lammert unterlief hier eine Freud'sche Fehlleistung. Er meinte: in die politische Klasse.

Seit jenem Sommer dürfte sich diese vom Bundestagspräsidenten formulierte »Vertrauenskrise« gegenüber Staat und Parteien, Institutionen und Medien weiter verschärft haben: die Protestmärsche ultrarechter Bürgergruppen vor allem in Ostdeutschland; die überbordende Flut an Hasstiraden gegen den sogenannten »Mainstream«; das weit verbreitete Misstrauen gegenüber dem Journalismus mit seinem Schmähruf »Lügenpresse«; die durch den »Brexit« weiter verschärfte Vertrauenskrise der Europäischen Union; die Proteststimmung gegen die sich verbreiternde Schere zwischen Arm und Reich, verbunden mit aggressiven Aktionen gegen Politiker und Mandatsträger. Es sind solche Prozesse, die bewirken, dass in den Augen vieler Menschen die gesellschaftliche Verständigung misslingt.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war die Beziehung zwischen den Bürgern, den Institutionen und dem Staat von dem geprägt, was alltagssprachlich mit dem Ausdruck »öffentliches Vertrauen« bezeichnet wird: dem Zutrauen, dass die Akteure des politischen Systems und die Zuständigen in den öffentlichen Einrichtungen die Bedürfnisse der Bürger und auch die Erwartungen der Wähler respektieren und dass sie sich vielleicht bemühen, diese auch zu erfüllen und so das Gemeinwohl mehren.

Schwindet dieses öffentliche Vertrauen? Als Indikator werden demoskopische Erhebungen angeführt. Ihnen zufolge nimmt der Anteil der Befragten zu, die auf die Frage »Vertrauen Sie ... (der Regierung, den Parteien, den Medien, Institutionen, Berufsgruppen usw.)?« mit Nein antworten.¹ Dabei ist allerdings fraglich, ob solche Hinweise das belegen, was sie behaupten. Ungewiss ist beispielsweise, ob alle Befragten dasselbe meinen, wenn von »Vertrauen« in Bezug auf abstrakte Objekte die Rede ist. Unklar ist auch, ob man über Vertrauen binär mit Ja oder Nein angemessen antworten kann – und wenn anhand von Skalen abgestuft geantwortet werden soll: Entsprechen diese Graduierungen den Empfindungen, für die das Wort »Vertrauen« steht? Und schließlich das Konstrukt »öffentliches Vertrauen«: Was bedeutet »Öffentlichkeit« in Bezug auf das, was als Vertrauen zum Ausdruck kommt? Und umgekehrt: Wofür steht »Vertrauen« in Bezug auf die konturlose Sphäre dessen, was »Öffentlichkeit« heißt? Und wenn man eine Antwort gefunden hat: Wie könnte man das Konstrukt »öffentliches Vertrauen« in den Zeiten des Social Web und den aus der Bloggerwelt hervorgegangenen Netzwerken untersuchen und messen?

Nun sind dies keine neuen Fragen. Sie greifen vielmehr ein interdisziplinäres Thema auf, mit dem sich die Medien- und Sozialwissenschaften im Verbund mit der Sozialpsychologie befassen und zu welchem sie auch eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet haben. Erwähnt seien hier nur die normative Theorie über den Strukturwandel von Jürgen Habermas, dann die Vertrauensdefinitionen in der Tradition von Coleman, Giddens und Luhmann (Umgang mit Risiken, Komplexitätsreduktion) und weiter die von Günter Bentele entworfene Theorie des »öffentlichen Vertrauens«, die sich auf öffentlich – d. h. über die Medien – wahrnehmbare Personen und Organisationen bezieht und Vertrauen daran festmacht, wie ihre öffentliche Präsentation wahrgenommen wird. Sind solche Konzepte konzis genug, um den aktuellen Strukturwandel des Öffentlichen erfassen und verstehen zu können?

Diese Frage stand am Anfang eines Gedankenaustauschs, der zu diesem Sammelband geführt hat: Im Jahr 2013 veranstaltete das Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung (IPJ) ein interdisziplinäres Forschungssymposium zum Thema »Wandel und Messbarkeit des

1 Beispielsweise der im Zweijahresrhythmus durchgeführte »Global Trust Report« (<http://www.gfk-verein.org/forschung/studien/global-trust-report>)

öffentlichen Vertrauens im Zeitalter des Web 2.0«, ein Themenfokus, der den Gehalt des ›Öffentlichen‹ bewusst vage hielt. In der Tagungseinladung schrieb der Veranstalter: »Sowohl im Bereich der Kommunikations- und Medienforschung wie auch in der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre werden Fragestellungen des Gehalts, der Messung, des Aufbaus und [der] Wirkung von Vertrauen in besonderer Weise untersucht. Hinzu tritt der mit den Internetmedien verbundene Wandel dessen, was öffentliches Vertrauen sein soll. Deshalb scheint es geboten, zentrale Erkenntnisse der Vertrauensforschung in einem interdisziplinären Diskurs zu beleuchten.« Dabei kam es dem Veranstalter darauf an, »theoretische wie auch empirische Erkenntnisse der Vertrauensforschung interdisziplinär zu bündeln.«

Nun repräsentiert die Trägerschaft des Instituts ihrerseits diese Interdisziplinarität. Zu ihr gehören Wissenschaftler und Praktiker aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit/PR, Journalistik/Journalismus, Informatik und Marketing. Gemeinsam mit geladenen Fachleuten diskutierten sie an jener Auftaktveranstaltung die Tendenzen, die sich durch das Interaktivität fördernde Web 2.0 und die Digitalisierung der klassischen Medien ergeben. Im Anschluss an jenen Auftakt sollte das Thema durch Hinzugewinnen weiterer Autoren vertieft und erweitert werden. Es entstand ein weiterführender Gedankenaustausch und daraus eine Beitragssammlung, die zu Teilen zwar bis ins Jahr 2013 zurückreicht, aber auch die mit dem sogenannten ›Medienvertrauen‹ verbundenen aktuellen Trends aufgreift und reflektiert. Die von den Verfassern im Frühjahr 2017 durchgesehenen und, wo nötig, aktualisierten Beiträge stehen für einen Diskurs, der angesichts der Dynamik, die dem Thema innewohnt, keineswegs abgeschlossen ist. Sie sind darum als Anregung gedacht, das wissenschaftliche Gespräch über das, was öffentliches Vertrauen in unserer Gesellschaft bedeutet oder bedeuten könnte, fortzusetzen.

Mit der Gliederung des Buches in vier thematisch abgegrenzte Abteilungen sind wir dem interdisziplinären Konzept unserer Auftaktveranstaltung treu geblieben. Knappe Zusammenfassungen der Beiträge – vom Herausgeber verfasst – finden sich zu Beginn jedes Buchteils. Nicht als Fazit, sondern als Ausklang ist ein Essay von Clemens H. Cap gedacht, der das Thema mit perspektivischem Blick offen hält.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen an diesem interdisziplinären Diskurs beteiligten Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken: zuallerst bei Annegret Ode für ihre (wie man jetzt sieht) nachhaltige Betreuung der Autorinnen und Autoren sowie für ihre sachkompetente Textredaktion;

dann bei den Beitragsverfassern für ihre Mitarbeit, insbesondere bei jenen, die ihre Beiträge für diese Publikation aktualisiert oder extra verfasst haben. Und nicht zuletzt bei den BuchmacherInnen des Herbert von Halem Verlags, die unser Projekt stets zuversichtlich – man ist geneigt zu sagen: vertrauensvoll – begleitet, lektoriert und in diese schöne Form gebracht haben.

Leipzig/Hamburg im Sommer 2017

Michael Haller

Literatur

HASCHKE, JOSEF F.: *Politische Vertrauenskrise? Die kommunikative Konstruktion von Politikervertrauen im lebensweltlichen Kontext.*
Wiesbaden 2016

ERSTER TEIL
KANN MAN DEM ÖFFENTLICHEN VERTRAUEN
VERTRAUEN?

Dies ist die Leitfrage des ersten Buchteils, und sie ist doppeldeutig gemeint: einerseits Vertrauen in das Forschungskonstrukt ›öffentliches Vertrauen‹, andererseits Vertrauen in die öffentlichen Kommunikationsprozesse der digitalisierten Mediengesellschaft. Die hier unter diese Doppelfrage gestellten Beiträge gehen das Thema unter drei verschiedenen Perspektiven an:

Im ersten Beitrag nimmt MICHAEL HALLER die aktuellen öffentlichen Kommunikationsverhältnisse zum Ausgangspunkt und sucht nach theoretischen Konzepten, die diese Prozesse sinnvoll einordnen und analysieren können. Hierfür dekonstruiert er den Komplex ›öffentliches Vertrauen‹ und prüft die bis heute einflussstärksten Theorien über die Phänomene ›Öffentlichkeit‹, ›Vertrauen‹ und ›öffentliches Vertrauen‹. Seine Bilanz fällt ernüchternd aus: Die Kommunikationsmuster und Meinungsbildungsprozesse in den segmentierten Öffentlichkeiten der Web 2.0-Welt werden von den Theorien missverstanden, übersehen oder umgedeutet. Der Beitrag ermittelt solche Elemente, die Bausteine künftiger Theoriekonzepte sind. Und er plädiert für eine normative Fundierung künftiger Öffentlichkeitstheorien unter dem legitimierenden Dach deliberativer Demokratiekonzepte.

Der zweite Beitrag von PATRICIA GRÜNBERG widmet sich exemplarisch der von Günter Bentele entwickelten Theorie des ›öffentlichen Vertrauens‹, nicht zuletzt, weil sie aus Sicht des Herausgebers eine plausibel begründete und zugleich empirisch anwendbare Theorie des ›öffentlichen Vertrauens‹ darstellt. Im ersten Abschnitt beschreibt der Beitrag die wichtigsten Bauelemente der Theorie, um dann im zweiten Abschnitt deren Anwendbarkeit am Beispiel mehrerer instruktiver Fallstudien vorzuführen, darunter auch das Medienspektakel rund um den damaligen Bundespräsidenten Christian

Wulff. Grünbergs Fazit hierzu: »Die Studie zur Causa Wulff hat den ersten Schritt zur Erfassung und Berücksichtigung von öffentlichem Vertrauen in den sozialen Medien gemacht. Hier bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere theoretische Überlegungen und empirische Studien.«

Im dritten Beitrag untersucht AXEL MAIREDER die Herausbildung von Vertrauen in den »post-traditionellen Gemeinschaften«: den virtuellen Communities. Er geht davon aus, dass jeder Nutzer in mehrere Communities eingebunden ist, die dem »individuellen, privaten und beruflichen Interessenrepertoire« entsprechen. Die Teilnehmer, zeigt Maireder, bringen ihre interpersonalen Vertrauenserfahrungen in die Community. Soweit sich diese Kommunikationsgemeinschaften auch untereinander zu »Accountnetzwerken« verknüpfen, können sich Vertrauensverhältnisse auf der Kollektivebene erweitern. Und indem in vielen dieser Gemeinschaften dieselben Themen zirkulieren und somit öffentliche Diskurse verschränkt und zeitgleich ablaufen, so ein Fazit Maireders, erweitere sich das interpersonale Gruppenvertrauen und präge »die Wahrnehmung dieser Diskurse mit, und damit die Meinungsbildungsprozesse in der Öffentlichkeit«.

MICHAEL HALLER

Was wird aus der digitalisierten Medienwelt? Überlegungen zu einer Neubestimmung der Theorie des ›öffentlichen Vertrauens‹

Auf was gründet Vertrauen, wenn die von Medien erzeugte Öffentlichkeit, in die vertraut werden soll, schon morgen eine andere sein wird als heute und die heutige eine andere ist als die von gestern? Die von Wissenschaftlern vielfach getroffenen Ansichten über den Medienwandel lassen sich so zusammenfassen:

Die Digitalisierung der Kommunikationstechnologie und, damit verbunden, die Veralltäglichsung des Internets führte zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit, dessen Radikalität vermutlich jenen Umbruch übertrifft, den man der Gutenberg'schen Erfindung des Buchdrucks nachsagt. Doch anders als die Erfindung des Buchdrucks wird der aktuelle Strukturwandel höchst ambivalent beurteilt.

Radikal erweitert haben sich die Kommunikationsräume wie auch die Möglichkeiten und Mittel sozialer, wirtschaftlicher wie politischer Partizipation. Massiv vergrößert haben sich auch die allgemein zugänglichen Wissensressourcen wie auch die Verfügbarkeit aggregierter Daten aus praktisch allen Lebensbereichen. In der mediatisierten Welt, so scheint es, kann sich jeder Bürger als ›Produser‹ (Producer und User in einem) am Diskurs beteiligen. Im Internet, so lautet eine andere Überzeugung, lässt sich jede Nachricht von Belang auffinden. Das rechtlich gesicherte Institut ›Öffentlichkeit‹ löst sich auf und wird zur vernetzten Sphäre eines offenen Forums, wo jeder, der Zugang hat, über dieselben Artikulationschancen verfügt. Daher wachse in der virtuellen Kommunikationsgemeinschaft eine neue Sozialität, so träumen Web-Utopisten: »What is really going on is an

information reformation similar in consequences to the Reformation that split Christianity in the sixteenth century« (HEWITT 2005: XVII) – Träume, die mit den sozialen Medien und den Blog-Öffentlichkeiten des Social Web als »aktive Partizipationskultur« (BIEBER/HÄRTHE/THIMM 2015: 13) weiter belebt werden. Einerseits.

Andererseits häufen sich heikle Erlebnisse und bedrohliche Erfahrungen: Die Verfügbarkeit der Daten von vielen Millionen Menschen bedeutet eine Wissensmacht, die, wenn gebündelt, in Kontrolle und Überwachung des Öffentlichen umschlagen. Die epidemisch sich verbreitenden Falschnachrichten (fake news) und Spekulationsgeschichten (Postfaktisches) erzeugen Desorientierung und können zur Destabilisierung demokratischer Verfahren führen. Die das Web überflutenden Empörungs- und Anspruchswellen (»Shitstorms« und »Candystorms«¹) beschädigen die Diskursivität öffentlicher Kommunikation. Die Installation sogenannter »Echoräume«, in denen sich Gleichgesinnte bestätigen und von Andersdenkenden abschotten, bewirken eine Segmentierung, möglicherweise den Zerfall der politischen Öffentlichkeit (HABERMAS 2008: 162). Indem Populisten, Parteien und Politiker ihre Zielpublika über Facebook ansprechen und per Twitter mobilisieren, wird der aufklärerische Anspruch des Informationsjournalismus konterkariert. Das Allgemeine verschwindet unter der Herrschaft des Partikularen.

Zerstörung des öffentlichen Diskurses durch die digitalen Stammtische – oder Erweiterung und Ausdifferenzierung öffentlicher Räume durch die zivilgesellschaftliche Partizipationskultur? Zieht der Strukturwandel der Medienwelt einen Funktionswandel auch der politischen Öffentlichkeit nach sich? Und wenn ja, über welche Wirkkräfte und Einflussgrößen?²

Die Deutungen der Kommunikations- und Medienwissenschaften sind kontrovers, je nachdem, welcher gesellschaftspolitischen Grundauffassung und Theoriegemeinschaft der jeweilige Forscher anhängt. Offenkundig ist nur dies: Es mangelt an Konzepten für eine »nachmoderne« Öffentlichkeitsthe-

- 1 Sogenannte »Zuspruchsbewegungen«, erstmals in einem Tweet von Bündnis90/Die Grünen als Hashtag für Claudia Roth in einer Kampagne 2012 so bezeichnet.
- 2 Soziologische Theorien des sozialen Wandels verstehen das Internet als neues Medium, das Teil des Generaltrends der »Mediatisierung« der Gesellschaft sei (KROTZ 2007: 37ff.) und »dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen Determination und Kontingenz« existiere (ebd.). Es sei daher eher als kontinuierlicher Prozess denn als revolutionäre Veränderung zu interpretieren (MÜNCH 2005: 211ff.). Doch diese Beschreibungsebene ist für unser Thema allzu makrotheoretisch und für das Verständnis des aktuellen Strukturwandels ohne Gewinn.

orie, die diese riskanten Tendenzen beschreiben, erklären und sinnstiftend einordnen kann (Hinweise siehe VORDERER 2015: 259ff.; HEPP 2016: 237ff.).

Dieselbe Ratlosigkeit spiegelt sich im Umgang mit einschlägigen Begriffen und Attributen des Öffentlichen in der angewandten Forschung. Zu den von der Demoskopie seit rund zwei Jahrzehnten intensiv bearbeiteten Themen gehört das Konstrukt ›Vertrauen‹³. Es bezieht sich auf verschiedenste Lebensbereiche: Gefragt wird nach unterschiedlichen Handlungskontexten (wie Schule, Arbeitswelt, Wirtschaft, Medien), nach Beziehungsfeldern (wie Freunde, Partner, Gruppen) und generalisierten Artefakten (wie Normen, Gesetze, Zahlungsmittel). Den abstrakten Gegenständen gemeinsam ist, dass alles Wissen über sie medienvermittelt ist. Die standardisierten Fragen lauten dem Sinn nach: Vertrauen Sie Parteien (und wenn ja, welcher), der Regierung, der Wirtschaft, ihrer Firma, den Medien (und wenn ja, welchen)?

Beispiel: Infratest Dimap im Auftrag des WDR (Fallzahl 750, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung, Erhebung Ende Oktober 2015). Frage: »Wenn Sie an die Medien denken, ist da Ihr Vertrauen in den letzten Jahren gestiegen, gesunken oder hat sich da nicht viel geändert?« Antworten: 6 Prozent »ist gestiegen«, 57 Prozent »hat sich nicht so viel geändert«, 37 Prozent »ist gesunken«. (Quelle: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/glaubwuerdigkeit-der-medien/>)

Die anschwellende Flut an Daten und Deutungen erweckt den Anschein, als solle die Bevölkerung den Nebel über den gesellschaftlichen Verhältnissen mittels Vertrauensbekundungen lichten. Doch was bedeutet es, wenn ein Drittel der Befragten der Aussage zustimmt, dass man ›jetzt weniger Vertrauen‹ habe? Auf was bezieht sich ›Vertrauen‹? Und wenn es um mediale, mithin öffentliche Vorgänge, Darstellungen und Erfahrungen geht: Was ist aus Sicht der Befragten gemeint, wenn von ›öffentlichem Vertrauen‹ die Rede ist? Gehören in der digitalisierten, in virtuellen Räumen interagierenden Mediengesellschaft die Phänomene ›Öffentlichkeit‹ und ›Vertrauen‹ denselben oder doch verschiedenen Wahrnehmungs- und Begriffsebenen

3 Gallup startete mit seiner jährlichen Befragung ›Americans' Trust in Mass Media‹ im Jahre 1992 (<http://www.gallup.com/poll/195542/americans-trust-mass-media-sinks-new-low.aspx>).

an? Es ist erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit in der angewandten Forschung mit undefinierten Benennungen hantiert wird.

Es gibt gute Gründe, über die bald hundert Jahre alte Erfindung des ›öffentlichen Vertrauens‹ neu nachzudenken, die Fundamente der Theoriegebilde wieder in den Blick zu nehmen und deren Bauteile dekonstruktiv zu untersuchen, um deren Eignung für die Beschreibung der öffentlichen Kommunikation in den crossmedial strukturierten und partizipatorisch funktionierenden Medienwelten zu prüfen: Für diese Perspektive soll dieser Beitrag als Anregung dienen.

Deshalb werde ich mich im nächsten Abschnitt mit den bis heute tonangebenden drei Öffentlichkeitstheorien beschäftigen und der Frage nachgehen, was sie zur Aufklärung der Nebelfelder beitragen können. Im darauffolgenden Abschnitt geht es um den Schlüsselbegriff ›Vertrauen‹: Wie funktioniert im sozialen Umfeld das, was man gemeinhin ›Vertrauen‹ nennt? Dabei möchte ich die These diskutieren, dass in der Ära der sozialen Medien die systemisch erdachten Vertrauenskonstrukte destruiert und für die interpersonalen Kommunikationsverhältnisse neu gefasst werden sollten. Im dritten Abschnitt wird beides zusammengebaut und geprüft, ob bzw. unter welchen Gegebenheiten es Sinn macht, über ›öffentliches Vertrauen‹ zu sprechen.

1. Öffentlichkeit: Diskursraum oder Funktionssystem?

Die Geltungsprobleme der Öffentlichkeitstheorien erklären sich zunächst daraus, dass in den analogen Zeiten ›Öffentlichkeit‹ als konstitutives Merkmal der indirekt vermittelten Massenkommunikation gesehen wurde (vgl. GERHARDS 1994: 77f.). Eine andere, auf die aktuellen Trends bezogene Erklärung geht dahin, dass die mit der Digitalisierung unübersichtlich gewordenen Prozesse noch (zu) jung und dynamisch seien (NEUBERGER 2009; SCHMIDT et al. 2009); noch fehle die für eine analytische Durchdringung erforderliche zeitliche Distanz.

Vielleicht hängt dieses Malus auch damit zusammen, dass die Gesellschaftswissenschaften (in erster Linie die Politik- und Sozialwissenschaft) aus naheliegenden Gründen das Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Staat im Blick behielten. Sie erzählen bis heute die Geschichte der Öffentlichkeit weitgehend im Kontext der Ausformung rechtsstaatlich organi-

sierter und demokratisch verfasster Staaten als konfligierende, zugleich »institutionalisierte Handlungssphären« (KOSZYK 1966). Sie lassen diese Geschichte im 17. Jahrhundert mit der Einführung des Parlamentarismus in England beginnen und führen sie über viele Kapitel und Episoden bis hin zur Beschreibung der digitalen Web-Gesellschaft. Es sind die Idee der Mündigkeit des Souveräns und das Interesse an Legitimationsverfahren des politischen Systems, die den roten Erzählfaden liefern.

Unter dieser Erzählperspektive wurde die politische Öffentlichkeit als notwendige Bedingung für Demokratisierungsprozesse rekonstruiert und beschrieben. Demnach richtete sich das prinzipiell ›Offene‹, das dem Wort ›Öffentlichkeit‹ zugrunde liegt, gegen das ›Geheime‹ der Arkan- und Kabinettpolitik; es trug die doppelte Forderung in sich, die Staatsgeschäfte offen zu legen (namens der Presse: Parlamentsverhandlungen zugänglich zu machen) und das Bürgertum zu beteiligen⁴. In der erstarkenden bürgerlichen Gesellschaft galten Meinungs- und später die Pressefreiheit als Bedingung und Prüfstein dieser politischen Öffentlichkeit, die ihrerseits als Voraussetzung für die Willensbildung und Handlungsfähigkeit der Staatsbürger begriffen wurde (HALLER 2003: 96 - 107) – ein Zusammenhang, den das dem Lateinischen entlehnte Wort ›public‹ noch klarer bezeichnet als das in Deutschland im 19. Jahrhundert etablierte Wort ›Öffentlichkeit‹ mit seinem fast behördlichen Gepräge (HÖLSCHER 1979).

»Die moderne Semantik ist ein Produkt der Aufklärung und umfasst von Anfang an neben einer deskriptiven Bedeutung ein normatives Element: Die aufklärerische Rede von Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie sollen an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden« (GERHARDS/NEIDHARDT 1990: 5).

Diese Entwicklungen sind detailreich beschrieben worden und allgemein bekannt. Und doch sollte man diese Geschichte im Blick behalten, wenn man sich mit den Unzulänglichkeiten und Defiziten der aktuellen Öffentlichkeitstheorien beschäftigt. Von daher möchte ich im Folgenden die bis dato in den Medienwissenschaften tonangebenden drei Theorien unter der Frage durchsehen, ob und gegebenenfalls welche Theorieelemente zum Verständnis der aktuellen hybriden Kommunikationswelten dienlich sind.

4 Das ›Private‹ als Gegenbegriff zum ›Öffentlichen‹ gewann erst mit dem Aufkommen der Massenpresse im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung (abweichend: PETERS, B. 1994).

Habermas: Der verdoppelte Strukturwandel

Für die Medienwissenschaften ist die Durchdringung des Themas ›Öffentlichkeit‹ (anders als in den Staats- und Rechtswissenschaften) erstaunlich neu, nämlich erst ein halbes Jahrhundert alt. Es war jene Zeit, als sich zusätzlich zu Presse und Hörfunk das Fernsehen als Alltagsmedium etablierte, als die Informationsmedien praktisch die gesamte Erwachsenenbevölkerung erreichten und zum Repräsentant der medial erzeugten Öffentlichkeit wurden. In Gang gesetzt wurde die Theoriediskussion durch die Thesen von Jürgen Habermas, die er in seiner Habilitationsschrift *Strukturwandel der Öffentlichkeit* Anfang der 1960er-Jahre publizierte. Ihre Kerngedanken sind vielfach zusammengefasst und gedeutet worden. Ich beschränke mich auf die für unsere Diskussion vielleicht nützlichen Aspekte.

Zum Ausgangspunkt seiner Theorie wählte Habermas die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft, eine Retrospektive, in der das Bürgertum – getrennt vom monarchischen Staat – seine eigene Sphäre des Öffentlichen entfaltete. Diese Trennung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft, zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit war aus Habermas' Sicht die *Conditio sine qua non* für ›vernünftige‹, d. h. mehr Freiheit intendierende öffentliche Debatten und Diskurse. Diese Retrospektive beschreibt (im Max Weber'schen Sinne) einen ›Idealtypus‹ und liefert den analytischen und zugleich normativen Bezugspunkt für seine Gegenwartskritik.

Indem sich im 19. Jahrhundert die Wirtschaft der bürgerlichen Sphäre bemächtigte, verschwamm diese Trennung. Im Fortgang der marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaft habe sich die partizipatorisch funktionierende Präsenzöffentlichkeit der Bürgergesellschaft zur passiven Publikumsöffentlichkeit der »sozialstaatlichen Massendemokratie« (HABERMAS 1990: 311) gewandelt. Die Industrialisierung der Medien (Presse, später auch der Rundfunk) führte Habermas zufolge nicht zur Stärkung, sondern zum Niedergang der um Aufklärung besorgten Öffentlichkeit. In der Folge wandelte sich das rasonierende in ein konsumierendes Publikum und die von Meinungsindustrien inszenierte öffentliche Meinung trat an die Stelle des öffentlichen Gesprächs. Seither wird das Publikum als Ressource gesehen, die mobilisiert wird, wenn das politische System zur Legitimierung seiner Entscheidungen gesellschaftlichen Konsens benötigt. Gegen die Wirkkraft der ›veröffentlichten Meinung‹, so konstatierte Habermas, erlangen die informellen Meinungen der Gruppen und Initianten keine hinreichende Publizität, um aufgenommen,

diskutiert und integriert zu werden; sie bleiben auf Nischen angewiesen. In den durch Staat und Wirtschaft ›vermachteten‹ öffentlichen Großräumen werde die Aufmerksamkeit der Bürger mit flüchtigen Trivialitäten bedient und mit den von der Kulturindustrie produzierten Moden abgelenkt (»Kolonisierung der Lebenswelt« [ebd.: 1981, Bd. 2, S. 539]). In diesen Resonanzräumen verflüchtigt sich das emanzipatorische Anliegen, zumal die Beteiligten kaum noch als politisch interessierte Bürger, vielmehr als Nutzer und Verbraucher angesprochen würden.

Verständigung erfordert Diskursregeln

Der normative Duktus dieser Öffentlichkeitstheorie gibt die Perspektive: Habermas' Interesse zielt auf die Bedingung einer Repolitisierung der Gesellschaft durch Befreiung ihrer öffentlichen Sphäre und Reaktivierung ihrer Bürger; in der aufklärerisch funktionierenden Öffentlichkeit könnten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer neuen Totalität verschmelzen (Habermas: »holistische Vorstellung eines gesellschaftlichen Ganzen« 1990: 35).

Auf diese Vorstellung bezog sich auch die in den folgenden Jahrzehnten geäußerte Kritik: Im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* werde die frühliberale Ära der bürgerlichen Salons überhöht, ihr elitärer Charakter rückblickend verblümt und die Tendenzen im 20. Jahrhundert nur als quasi refeudalisierte Öffentlichkeit gedeutet und der »kulturelle Inklusionsprozess« durch die Massenmedien übersehen (MÜNCH 1991: 214f.). Auch würde Öffentlichkeit als Institution verstanden und die vielfältigen Interaktions- und Penetrationsprozesse durch Gegenöffentlichkeiten ausgeblendet (IMHOF 1996: 68ff.). Zudem würden die normativen Vorstellungen nicht wirklich begründet; deshalb fände man bei Habermas »nur spärliche und unverbindliche empirische Referenzen zu den Feststellungen, die er trifft. Sein Begriff von Öffentlichkeit ist so bedeutungsvoll, dass man mit ihm kaum noch etwas wiedererkennen kann« (GERHARDS/NEIDHARDT 1990: 5).

In der Neuauflage des *Strukturwandels* von 1990 (Vorwort) wie auch in umfangreichen Studien (insb. *Theorie des kommunikativen Handelns* [1981], *Faktizität und Geltung* [1992]) hat Habermas vielen Einwänden Rechnung getragen. So schrieb er: »[V]or allem das kritische Potential eines in seinen kulturellen Gewohnheiten aus Klassenschranken hervortretenden, pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt« (1990: 30). Er entwarf seine zweistufige Gesellschaftstheorie mit den Komponenten ›Lebenswelt‹ und ›System‹,

die für die Dualität von symbolischer und materieller Reproduktion der Gesellschaft stehen. Mit »politischer Öffentlichkeit« bezeichnete er jetzt solche »Kommunikationsbedingungen, unter denen eine diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums von Staatsbürgern zustande kommen kann« (ebd.: 38). Dieser der Lebenswelt zugehörige Diskursbegriff ist nun der Kern einer deliberativ angelegten Demokratietheorie: Im öffentlichen Diskurs ginge es darum, »konfliktträchtige gesellschaftliche Materien« zu diskutieren und herauszufinden, welche Argumente als Lösung im allgemeinen Interesse liegen (ebd.: 39), wobei dieser Diskurs als »Rationalisierung der Lebenswelt« funktionieren solle (ebd.: 45).

Neu geprüft und geklärt werden müsse allerdings, »wie eine diskursive Meinungs- und Willensbildung unter Bedingungen sozialstaatlicher Massendemokratien so eingerichtet werden kann, dass das Gefälle zwischen aufgeklärtem Selbstinteresse und Gemeinwohlorientierung, zwischen den Rollen des Klienten und des Staatsbürgers überbrückt wird« (ebd.: 41). Soweit dies vermittels der Rechtsordnung geschieht, müsse das Recht auch sich selbst unterworfen werden – dieser Gedanke geht auf Kants Begriff des rekursiven Rechtsstaats zurück. Rechtsstaatliche Garantien könnten »die anspruchsvollen Kommunikationsvoraussetzungen für faire Verhandlungen und zwanglose Argumentationen sichern« (ebd.), beispielsweise, dass potenziell Betroffene zu Wort kommen, alle Parteien gleichberechtigt agieren, die Interaktionen zwanglos verlaufen, die Foren für beliebige Themen und Beiträge offen stehen (ebd.: 45f.).

Allerdings organisieren rechtsstaatliche Institutionen nur den Modus, nicht aber die Inhalte. Wenn alle Betroffenen mitreden können sollen, was geschieht mit populistisch-persuasiven, mit demagogischen oder hetzerischen Argumenten? »Eine politisch fungierende Öffentlichkeit [...] ist auch auf das Entgegenkommen von kulturellen Überlieferungen und Sozialisationsmustern, auf die politische Kultur einer *an Freiheit gewöhnten* (H. i. O.) Bevölkerung angewiesen.« Damit wird die Geltung von Fairnessregeln angedeutet; außerdem klingt der Begriff der Zivilgesellschaft an, jene »nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis« (ebd.: 46), die ihrerseits am Diskurs partizipieren wollen. Dabei ließ Habermas die medienkritische Frage in der Schwebe, »ob und in welchem Umfang eine von Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit den Trägern der Zivilgesellschaft Chancen einräumt, mit der Medienmacht der politischen und wirtschaftlichen Invasoren aussichtsreich zu konkurrieren, also das Spektrum der durch Einflussnahme von außen kanalisierten

Werte, Themen und Gründe zu verändern, innovativ zu entschränken und kritisch zu filtern« (ebd.: 47f.). Die Berechtigung dieser Bedenken haben seither verschiedene Studien über Dysfunktionen journalistischer Wirklichkeitskonstruktionen nachgewiesen (insb. KRÜGER 2014).

»Babylonisches Stimmengewirr« im Web 2.0

Siebzehn Jahre später – das Web 2.0 mit seinen Plattformmedien war gerade im Alltag der Gesellschaft angekommen – zog Habermas eine Art Zwischenbilanz: Die tatsächliche Asymmetrie »mediengestützter Massenkommunikation« weise keinerlei »Diskursqualität« auf; ihre »Dynamik« zeige »Machtverhältnisse, die der Voraussetzung eines freien Spiels von Argumenten Hohn sprechen« (2008: 158). Die etablierten Medien verfügten über die uneingeschränkte Selektions- und Verbreitungsmacht; ihre Adressaten seien demgegenüber nur Zuschauer ohne Beteiligungschancen.

Unerwartet einverständlich mit dem Status quo liest sich aber Habermas' Überlegung, dass die »asymmetrische Struktur oder die machtgesteuerte Dynamik der Massenkommunikation« nicht unbedingt von Nachteil sein müssten. Er begründet dies mit der »abstrakten Raumstruktur der Öffentlichkeit« (ebd.), die man als »Erweiterung« der überkommenen Face-to-face-Kommunikationsräume deuten könne. Offenbar meint er die sich mit dem Web 2.0 ausbreitenden sozialen Medien (ohne es so zu formulieren) mit ihren »insgesamt unorganisiert aufeinandertreffenden Kommunikationsströmen« (ebd.). Die verschiedensten Botschaften würden von unterschiedlichsten Medien quasi wild durcheinander ausgestrahlt und »von interessierten Gruppen, Parteien, Lagern, Subkulturen usw. verarbeitet und mit Kommentaren versehen« (ebd.: 159). Doch auch im Web 2.0 spiele die politische Öffentlichkeit wie eh und je »die Rolle eines Resonanzbodens für gesamtgesellschaftliche Probleme« (ebd.: 159). Dabei herrsche inzwischen »ein babylonisches Stimmengewirr«, die (auf welchem Wege und mit welcher Geltung auch immer) zu »öffentlichen Meinungen« (ebd.) kondensiert würden. Immerhin habe es den Anschein, als könne das Web »die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation ausgleichen«, weil es »interaktive und deliberative Elemente in einem unreglementierten Austausch zwischen Partnern zulässt« (ebd.: 161).

Oder doch nicht? In den digitalisierten Öffentlichkeiten gäbe es auch gegenläufige Prozesse. Diese förderten mit der »Entstehung von Millionen

von weltweit zerstreuten chat rooms und weltweit vernetzten issue publics eher die Fragmentierung jenes großen [...] Massenpublikums. Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen« (ebd.: 162). Von daher käme im Web ein öffentlicher Diskurs nicht wirklich zustande, weil »im virtuellen Raum« die Voraussetzungen fehlten, um die »zentrifugalen Tendenzen« abzubremsen und die Botschaften und Argumente einzufangen und aufzubereiten. Das Internet, so lautet Habermas' sehr ambivalentes Fazit im Jahr 2008, könne seine »prima-facie-Zweifel am potentiellen Beitrag der Massenkommunikation zur Beförderung deliberativer Politik nicht beheben« (ebd.: 163).

Weitere neun Jahre später, im Jubiläumsheft der Blätter für deutsche und internationale Politik, zog Habermas die Demarkationslinie des öffentlichen Diskurses nochmals enger. Angesichts der destruktiven Meinungsäußerungen in der Bloggerwelt sollten zerstörerische (unvernünftige) Äußerungen wie auch irreführende Themen ausgegrenzt werden. So empfahl er am Beispiel des Umgangs mit der deutschnationalen Partei AfD eine Strategie der »Dethematisierung«, damit sich die öffentliche Aufmerksamkeit dem (aus seiner Sicht) eigentlichen Problem zuwenden könne: »Wie erlangen wir gegenüber den zerstörerischen Kräften einer entfesselten kapitalistischen Globalisierung wieder die politische Handlungsmacht zurück?« (2016: 39).

Erinnerungen an die Zukunft: Die Sphäre des Öffentlichen bleibt für Habermas auch im Zeitalter der virtuell entgrenzten Kommunikationsräume die Arena des Politischen, deren Diskursivität indessen auf die lenkende Hand der praktischen Vernunft angewiesen ist.

Luhmann – Die Innenwelt der Außenwelt

Das zweite, in den Medienwissenschaften ebenfalls als bedeutsam diskutierte Konzept – von Öffentlichkeitstheorie kann man hier nicht sprechen – gehört zur Systemtheorie von Niklas Luhmann. Ihr Thema sind die sozialen Systeme; ihre Anstrengungen gelten generalisierbaren Definitionen der System/Umwelt-Beziehung.

Dem Ansatz dieser Theorie zufolge erscheint das Habermas'sche Konzept als zu eng an die Theorietradition der politischen Philosophie gekoppelt, die sich um die Begründung eines kollektiv gewollten Vernunftwillens im Sinne der »volonté général« bemühe. Diesem Willen versuche Habermas vermittels

der Sprache (als »Zweck der Verständigung«) und Agens des herrschaftsfreien Diskurses Raum zu geben. Aus Sicht der Systemtheorie ist dieser Denkansatz (insb. die Dualität zwischen System und Lebenswelt) nicht differenziert genug und insofern nicht zeitgemäß. Das Differenzierungskonzept Luhmanns betrifft jetzt die Gesellschaft als Abstraktion, mithin alle – gleichgewichtig gedachten – Teilsysteme, insbesondere Politik, Recht, Ökonomie und Kultur (vgl. LUHMANN 1971: 10). Für die Beschreibung jedes Systems ist die sinnmachende Unterscheidbarkeit (= binärer Leitcode) von anderen Systemen entscheidend, wie z. B. Macht, Geld, Wahrheit, Information. Da diese Systeme untereinander in vielfältiger Weise interagieren, nimmt die Komplexität der Teilsysteme und so auch die des ›Gesamtsystems Gesellschaft‹ stetig zu. Um die wachsende Fülle an Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten – Kontingenz im Sinne des »Auchandersmöglich Seins« (ebd.: 13) – bearbeiten zu können, müsse jedes System Komplexität nach Kriterien seiner Systemlogik reduzieren. So gesehen funktioniert jedes System eigensinnig (›Programme‹). Ein gesellschaftliches Gesamtinteresse – etwa Mehrung von Gemeinwohl oder Sicherung des Friedens – ist nicht fassbar; stattdessen gibt es ein informelles Zusammenspiel aller Systeme, sozusagen die Innenwelt der Gesellschaft, die Luhmann als deren Öffentlichkeit definiert. Dies ist ein formal interessanter, jedoch inhaltsleerer Begriff.

In diesem Modell existiert kein Diskursraum, keine Öffentlichkeitsarena. Die funktionale Ausdifferenzierung sei soweit fortgeschritten, »dass eine Integration der Gesamtgesellschaft durch öffentliche, keinem Teilsystem besonders verbundene Meinungen höchst unwahrscheinlich geworden ist« (ebd.: 21). Anstelle des dezidierten Meinungsaustauschs etwa über gesellschaftliche Zukünfte gehe es um (mehr oder weniger) beliebige Themen, die öffentlich kommuniziert werden. Für die intersystemische Kommunikation der Themen ist das Mediensystem zuständig. Manche dieser Themen werden von den Massenmedien aufgegriffen, selektiert und für die Systemumwelt publiziert – eine Formel, die sich in den Journalismustheorien der Luhmann-Gefolgschaft mannigfach wiederfindet: Journalismus erzeuge keine Öffentlichkeit, sondern funktioniere als »Sozialsystem« in der Gesellschaft mit dem Zweck, Themen aufzubereiten und der Umwelt bereitzustellen (RÜHL 1980). Der Journalismus beschreibe auch keine Realität und könne deshalb – im Unterschied zur Sicht der Medienkritiker – keine Realitäten verzerren (WEISCHENBERG 1992; LUHMANN 1996: 18f.). Er konstruiere diese vielmehr nach Maßgabe seiner Beobachterposition und der technischen Konfiguration seiner Medien. Soweit es sich um technische Vervielfälti-

gungsmedien handelt, sei auch kein Austausch zwischen Medienmachern und Publikum möglich. Luhmann nimmt diese Kategorie – »keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfängern« (1996: 6) – zur Definition dessen, was Massenmedien sind. Der 1998 verstorbene Theoretiker hat die weitergehende Transformation des Mediensystems durch das Web 2.0 notabene nicht mehr reflektieren können.

Wie in einem Spiegel

»Wenn man eine Zeitung liest, weiß man, dass man eine Zeitung liest, und man weiß auch, dass für die Zeitung geschrieben und redigiert wird, so hält sich der mediale Konstruktivismus an die Realität seiner eigenen Konstruktionen« (LUHMANN 1992: 85). In diesen Kontext gehört auch Luhmanns mitunter falsch verstandenes Doppelzitat: »Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien [...] Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, dass wir diesen Quellen nicht trauen können« (1996: 9). Damit war keine Medienkritik gemeint, sondern die Funktionsweise der Massenmedien (Näheres ebd.: 145f.). Diese machte Luhmann anhand der Spiegelmetapher anschaulich: Kennzeichnend für einen Spiegel sei, dass man keinen Durchblick auf das habe, was dahinter steckt (vgl. 1992: 81). Wer in den Spiegel blickt, kann sich selbst (Selbstbeobachtung) wie auch die Beobachtung der anderen beobachten (Fremdbeobachtung). Dabei ist auch diese doppelte Beobachtung eine gespiegelte, keine unmittelbare Realität (ebd.: 80). Mithin fungieren die Medien als Beobachter zweiter Ordnung: »Beobachter beobachten Beobachter« (ebd.: 80), eine unter Systemtheoretikern bald inflationär gebrauchte Beobachtersemantik (vgl. MALIK 2004: 93ff.), die vermutlich über das Manko einer stringenten Öffentlichkeitstheorie hinweghelfen sollte.

Seine Spiegelmetapher bezog Luhmann auch auf die Gesamtgesellschaft, die sich in der oben erwähnten Öffentlichkeit spiegle. Auch für das politische System trafe dieses Sinnbild zu, dessen Spiegel die öffentliche Meinung darstelle. Daher könnten Politiker in der Öffentlichkeit nicht das sehen, was die Menschen wirklich denken; sie sähen nur sich selbst und andere Politiker, die sich als Spiegelbilder bewegen. Ihre Blicke in den Spiegel, schrieb Luhmann, sähen »auch die Konkurrenten, die quer-treibenden Bestrebungen, die Möglichkeiten, die nicht für ihn, aber für andere attraktiv sein könnten« (1990: 181; 1992: 84).